

Globale Wettbewerbsfähigkeit stärken

Innovationskraft verbreitern

Stellungnahme

der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V.

zur öffentlichen Konsultation zu EU-Fonds im
Bereich Kohäsion

Stand 19.03.2018

Ausgangssituation: Fortgesetzte strukturelle Herausforderungen im Bundesvergleich trotz positiver Wirtschaftsentwicklung

Die sächsische Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Vor allem auch in Relation zu anderen Regionen der Europäischen Union konnte Sachsen eine Zunahme der Wirtschaftskraft verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 2010 bis 2016 preisbereinigt um 12 Prozent und damit 4 Prozentpunkte stärker als im EU-weiten Durchschnitt. Insgesamt konnte der Rückstand Sachsens im Wohlstandsniveau (kaufkraftbereinigtes BIP je Einwohner) seit 2010 von 87 Prozent auf 94 Prozent im Jahr 2016 reduziert werden.

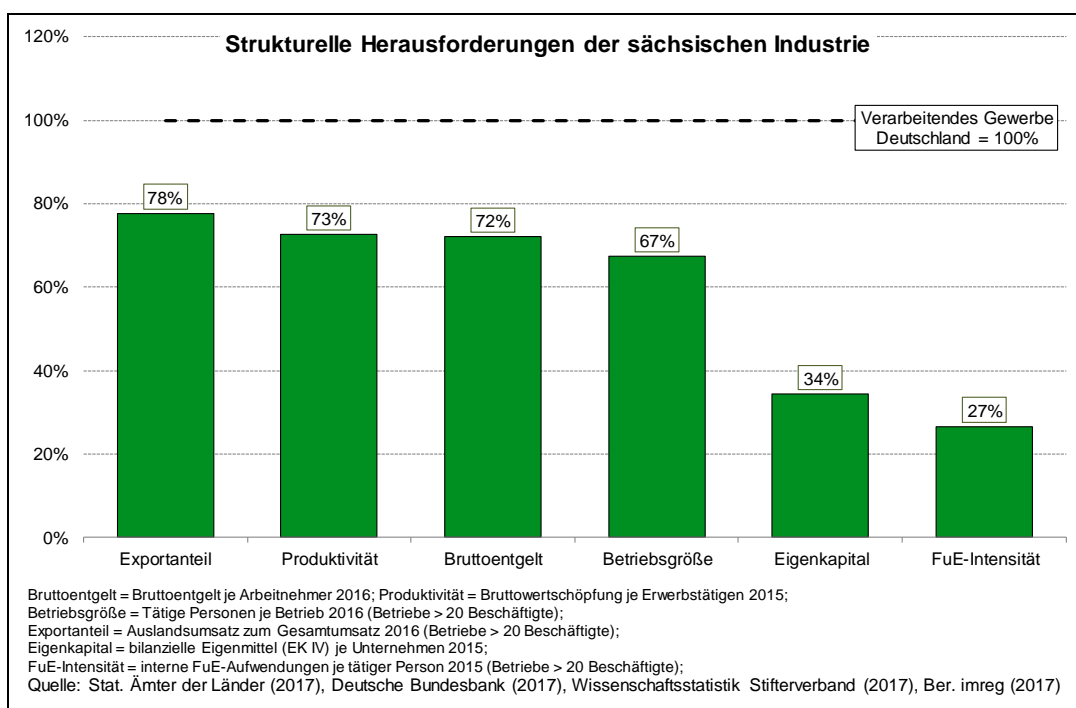
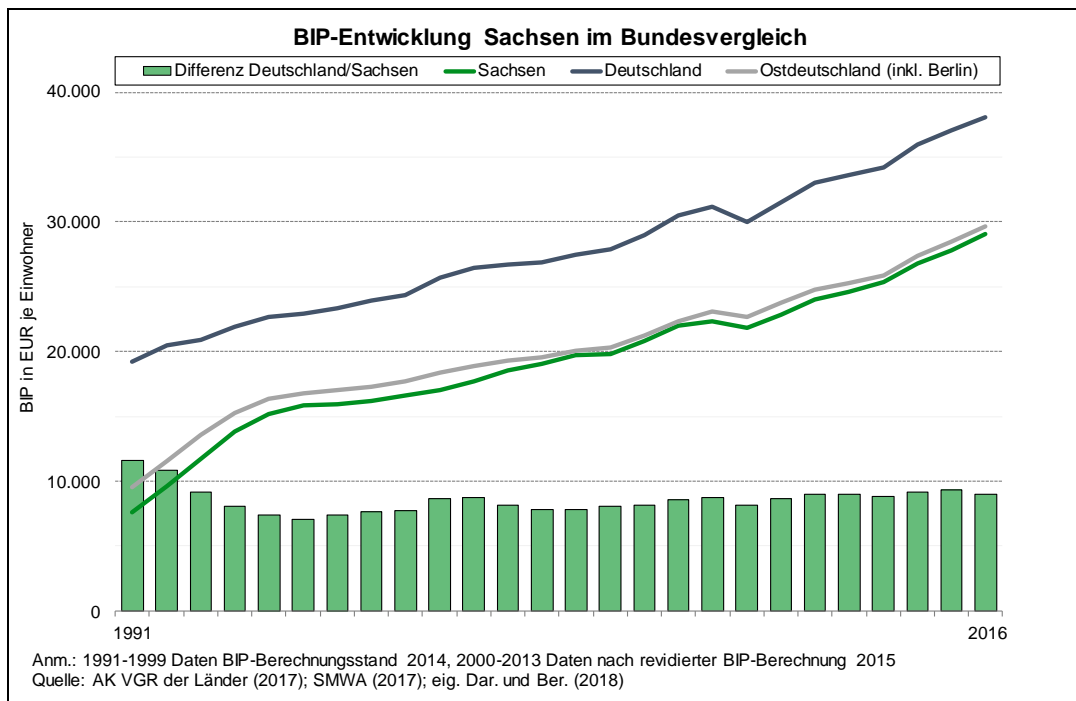
Die Arbeitnehmerverdienste je Stunde legten mit 22 Prozent ebenfalls überproportional zu. Erfreulich war insbesondere auch die Entwicklung des Arbeitsmarkts. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen erhöhte sich in den letzten sechs Jahren um rund 10 Prozent. Dadurch sank die Arbeitslosenquote deutlich und unterschreitet inzwischen das europaweite Niveau von 8,6 Prozent um 3,6 Prozentpunkte. Die Jugendarbeitslosigkeit ist eine der niedrigsten in der Europäischen Region. Es fehlen vielmehr zunehmend ausreichend Fachkräfte – gerade in Wachstumsbereichen – was sich angesichts einer arbeitsmarktungünstigen Altersstruktur künftig weiter verschärfen dürfte.

Zu dieser positiven Entwicklung hat die Unterstützung aus den europäischen Strukturfonds maßgeblich beigetragen. Diese ermöglichten einen kontinuierlichen und verlässlichen Beitrag zum Ausbau der Infrastruktur und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Mittelstand. Entgegen laufender Bundesprogramme stellte die Strukturfondsförderung eine langfristig planbare Unterstützung dar, die aufgrund des subsidiären Prinzips in den Operationellen Programmen auf regionale Besonderheiten eingehen und entsprechende Schwerpunkte setzen kann.

Dies wäre mit Blick auf die regionalen fiskalischen Gegebenheiten anderenfalls in kaum vergleichbarem Umfang möglich. Auch mittelfristig ist der Freistaat weiter auf die Unterstützung angewiesen. So ist ungeachtet der positiven Entwicklung Sachsens die Wirtschaftskraft im Vergleich zum nationalen Durchschnitt noch immer unterdurchschnittlich. Eine Anpassung des BIP je Einwohner konnte in den zurückliegenden Jahren nicht erreicht werden (siehe Abbildung). Der Indikator verharrte zuletzt bei 76 Prozent des Bundesdurchschnitts. Entsprechend niedriger sind auch die Arbeitnehmerverdienste und verfügbaren Einkommen sowie die Steuereinnahmen des Freistaates.

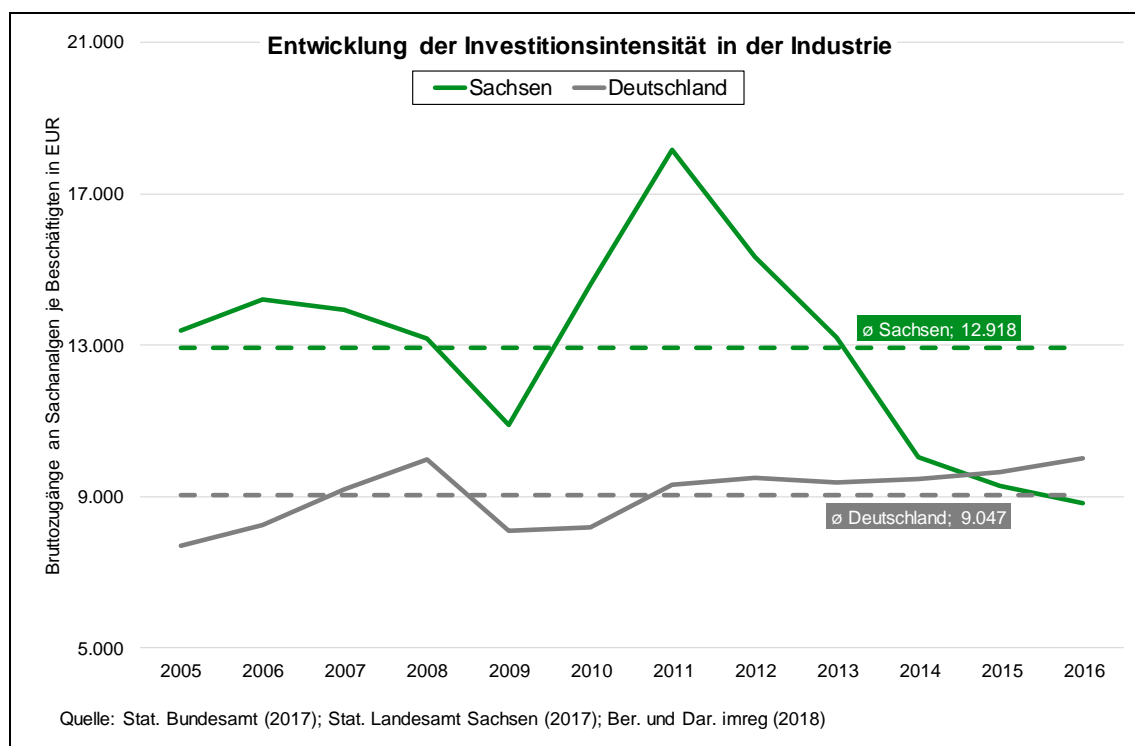
Hintergrund hierfür ist erstens eine überdurchschnittlich auf regionale Dienstleistungen sowie den Bau- und Versorgungssektor ausgerichtete Wirtschaftsstruktur, weshalb der regionale Verbrauch die Wirtschaftsleistung noch immer um 11 Mrd. EUR pro Jahr bzw. 11 Prozent des BIP übersteigt. Damit ist das Wohlstandsniveau Sachsens weiterhin hochgradig von außerregionalen Zuweisungen abhängig. Zweitens ist speziell die sächsische Industrie im Bundesvergleich trotz guter Wachstumsraten nach wie vor unterrepräsentiert und mit größenstrukturell bedingten Defiziten konfrontiert. Im

Jahr 2016 waren die Produktivität und Entgelte im Verarbeitenden Gewerbe rund ein Fünftel niedriger als im Bundesschnitt. Es fehlt nach wie vor insbesondere an betrieblichen Forschungskapazitäten und ausreichend Eigenmitteln im Mittelstand, um eigenständig in Innovationen und Wachstumsmärkte investieren zu können.



Hinzu kommen die Herausforderungen durch globale und technologische Trends. Der internationale Wettbewerb intensiviert sich stetig, wobei gut die Hälfte der Investitionen größerer deutscher Industrieunternehmen inzwischen im Ausland stattfinden. Investitionsentscheidungen sind globalisiert und hochgradig kostengetrieben. Sachsen ist hier aufgrund bundesweiter Rahmenbedingungen mit Hemmnissen insbesondere durch überdurchschnittliche Energie- und Arbeitskosten sowie oftmals höheren rechtlichen Vorgaben konfrontiert.

Gleichzeitig bestehen regional infrastrukturelle Defizite gerade im Bereich der Breitbandversorgung aber auch dem Schienenfernverkehr sowie der Erreichbarkeit und Attraktivität ländlicher Räume. Dabei drängen die Digitalisierung und gesamtgesellschaftliche Trends sowie die anstehenden Umwälzungen von Mobilitätskonzepten und Antriebsarten im Fahrzeugbau zu immer kürzeren Technologie- und Innovationszyklen, wobei die Auswirkungen des drohenden Strukturwandels in den Braunkohlerevieren und der Automobilindustrie für Sachsen noch nicht absehbar sind.



Entgegen des eigentlichen Bedarfs waren die Investitionen in Sachsens Industrie zuletzt stark rückläufig. Während in der letzten Dekade die Investitionen je Beschäftigten weit über dem Bundesniveau lagen und damit die positive Entwicklung ermöglicht wurde, sank die Investitionsintensität seit 2011 kontinuierlich und unterschreitet inzwischen den Bundesdurchschnitt. Damit ist der gesamtwirtschaftliche Aufholprozess gefährdet.

Zum dringend notwendigen Abbau der internationalen Disparitäten ist der Freistaat mittelfristig auf eine aktivierende Wirtschaftsförderung angewiesen, welche gezielt bestehende strukturell bedingte Defizite kompensiert, indem die globale Wettbewerbsfähigkeit befördert und die Innovationskraft verbreitert wird. Ein abruptes Ende der Unterstützung würde dagegen die bestehenden Wettbewerbsnachteile stärker zum Tragen bringen und den notwendigen Aufholprozess stoppen wenn nicht sogar umkehren, was die ohnehin latente politische Enttäuschung in weiten Teilen der Bevölkerung angesichts fortgesetzter regionaler Unterschiede im Wohlstandsniveau zusätzlich steigern dürfte.

Um die bisherigen Ergebnisse nicht zu gefährden, plädiert die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V. für eine angemessene Finanzausstattung für bisherige Übergangs- und stärker entwickelte Regionen in der kommenden Förderperiode, welche eine gezielte Verbesserung der regionalen Rahmenbedingungen sowie der Anpassungsfähigkeit an globale und technologische Trends zulässt und das Fördergefälle zu Nachbarregionen begrenzt.

Hierfür bedarf es einer **thematischen Konzentration** der Strukturfonds auf die Bereiche

1. **Aus- und Weiterbildung** (insbesondere Fachkräftequalifizierung, Berufsausbildung, Schulbildung),
2. **Infrastruktur und Mobilität** (insbesondere leistungsfähige Breitbandnetze, schnelle Schienen- und Straßenverkehrsverbindungen, Anpassungen an sich ändernde Mobilitätskonzepte),
3. **Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit** (insbesondere technologieoffene Unterstützung von betrieblicher Forschung und Entwicklung sowie Wachstumsmaßnahmen) sowie
4. **Investitionen in die Digitalisierung** als generelles Querschnittsthema.

Die operativen inhaltlichen Vorgaben in den Strukturfonds sind innerhalb dieser strategischen Ziele flexibel zu halten, damit **Maßnahmen künftig ganzheitlicher sowie fondsübergreifend unterstützt** werden können. Mit anderen Worten muss das Erreichen der strukturpolitischen Ziele und weniger eine centgenaue Mittelverausgabung in den einzelnen Interventionsbereichen der jeweiligen Fonds prioritär avisiert werden. Dafür ist die Subsidiarität aber auch die Eigenverantwortung der Regionen weiter auszubauen, auch um hierdurch **bürokratische Belastungen** in den Strukturfonds weiter zu reduzieren und damit die Effizienz und Transparenz der Programme zu steigern.

Flankierend sind die **beihilferechtlichen Rahmenbedingungen international wettbewerbsfähig** zu gestalten und so weiterzuentwickeln, dass eine aktivierende Wirtschaftsförderung für Wachstumsbereiche weiterhin möglich ist. So müssen die Regionalleitlinien innerstaatliche Disparitäten stärker berücksichtigen. Zudem sollte die KMU-Definition wachstumsfördernd erweitert werden. Außerdem ist das FuEul-Beihilferecht für Unternehmen dahingehend zu erweitern, dass die Umsetzung von Innovationen in Investitionen besser unterstützt werden kann.

1. Bildungslandschaft auf internationalem Spitzenniveau schaffen

- Die Bildungspolitik muss sich am internationalen Spitzenniveau orientieren, wenn das hohe Wohlstandsniveau im internationalen Wettbewerb künftig weiter behaupten werden soll. Dies gilt verstärkt angesichts zunehmender Fachkräfteengpässe in Wachstumsbereichen. Die Strukturfonds sollten **Investitionen zur Sicherung eines hohen Bildungsniveaus** unterstützen sowie weiterhin **effektives Aus- und Weiterbildungssystem** befördern.
- Mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung ist eine **moderne Ausstattung der Schulen, Berufsschulen und Hochschulen** essentiell. Die technischen Voraussetzungen - angefangen von Computertechnik und Smart Devices über leistungsfähige Internetverbindungen sowie E-Learning- und Cloud-Lösungen für einen zeitgemäßen Unterricht - müssen ein Schwerpunkt infrastruktureller Fördermaßnahmen in den kommenden Jahren sein.
- Zudem ist die **direkte Weiterbildungsförderung** für Auszubildende, Arbeitnehmer und mittelständische Unternehmen sowie die **Unterstützung von Ausbildungsmaßnahmen** im Verbund mehrerer Unternehmen fortzusetzen und mit Blick auf den sich wandelnden Bedarf und die Umwälzungen am Arbeitsmarkt durch die Digitalisierung weiter auszubauen. Dabei ist auch die künftige Berufs- und Studienorientierung direkt auf Schüler, Eltern und Schulen auszurichten.

2. Leistungsfähigkeit der analogen und digitalen Infrastruktur weiterentwickeln

- Global wettbewerbsfähige Unternehmen benötigen infrastrukturelle Voraussetzungen auf internationalem Spitzenniveau. Die **Beseitigung bestehender infrastruktureller Engpässe und Anpassungen an sich ändernde Mobilitätskonzepte** sollten in der kommenden Förderperiode einen Schwerpunkt bilden, wobei die Anforderungen vor Ort und nicht nur die überregionalen Transitverkehrsachsen im Fokus stehen müssen.
- Ein **leistungsfähiges Güterverkehrssystem** ist für die Wirtschaft und den Standort insgesamt von zentraler Bedeutung. Schiene und Straße müssen mit der steigenden Transportnachfrage für Güter sowie den wachsenden und sich verändernden Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Schritt halten. Die Rahmenbedingungen dafür sind sowohl finanziell als auch organisatorisch zu schaffen, um bestehende Engpässe abzubauen und steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Dafür bedarf es der Förderung von schnellen und modernen Schienen- und Straßenverkehrsverbindungen sowie der besseren Erschließung ländlicher und peripherer Räume.
- Breitbandanschlüsse sind ein zunehmend wichtiger Standortfaktor - gleichbedeutend mit der Wasser- und Energieversorgung. Vor allem in ländlichen Gebieten scheitert der Ausbau bislang noch zu häufig an der Wirtschaftlichkeit. Ein künftiger Schwerpunkt der Strukturfonds sollte daher auf einem **flächendeckenden und industrietauglichen Ausbau der Breitbandversorgung** liegen.

3. Innovationskraft verbreitern und Wachstum im Mittelstand befördern

- International wettbewerbsfähige Unternehmen sind entscheidend für das Erreichen der zentralen Ziele der Kohäsionspolitik. Aufgrund einer hohen Standortbindung nimmt der regionale Mittelstand wiederum eine Schlüsselrolle hierin ein. Dabei sind **innovative Produkte und hocheffiziente Prozesse** die Grundlage, um in der Dynamik des internationalen Wettbewerbs bestehen zu können. Betriebliche Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) sind wichtige Voraussetzungen hierfür. Da sich die privaten FuE-Aktivitäten in Sachsen vor allem auf mittelständische Firmen konzentrieren, besteht strukturell ein deutlicher und in den letzten Jahren weiter gewachsener Abstand bei den regionalen FuE-Intensitäten. Um diese abzubauen, müssen die betrieblichen Kapazitäten für Innovationsaktivitäten und die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen gestärkt werden.
- Eine **breite Stärkung der betrieblichen Innovationskraft** muss daher zentrales Ziel der Wirtschaftsförderung in der nächsten Strukturfondsperiode sein. Dies setzt eine technologieoffene und auf den gesamten betrieblichen Innovationsprozess ausgerichtete Technologie- und Mittelstandsförderung voraus, wobei auch der weitere Ausbau der öffentlichen Forschungsinfrastruktur stärker an konkrete Kooperationen mit regionalen Firmen zu koppeln ist.
- Vor allem im FuE-Bereich aber auch bei Internationalisierungsaktivitäten bestehen ausgeprägte Skaleneffekte. Größere Unternehmen sind daher eher in der Lage, derartige Maßnahmen umzusetzen. Um die betriebliche Produktivität sowie die wirtschaftliche Basis für mehr FuE und Außenhandelsaktivitäten nachhaltig zu steigern, muss vor allem der **Mittelstand im Größenwachstum unterstützt** werden, indem betriebliche Investitionen mittelstandsorientiert gefördert werden. Insbesondere sollte eine niedrigschwellige und flexible Förderung von Investitionen zur Einführung digitaler Technologien bzw. zur betrieblichen Umsetzung von IKT-Maßnahmen möglich sein.

Dresden, 19.03.2018